

Volkswacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Insertionsgebühr die sechs geteilte Zeilen ober deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beilage Exemplar kostet 10 Pfg. Sonntagsstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags

Redaktion und Expedition:
Parabellsgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion
und Expedition 2587

Nr. 25.

Danzig, den 26. März 1913.

4. Jahrgang.

Landtagsabgeordneter Julian Borchardt aus Berlin,

der polizeilich aus dem Dreiklassenhaufe hinausgeworfene Volksvertreter, spricht

in Elbing am Freitag, den 28. März 1913, abends 8 Uhr, im Volkshause, und
in Danzig am Sonnabend, den 29. März 1913, abends 8 Uhr, im Bürgergarten, über:

Reaktion und Landtag.

Preussische Jahrhundertfeier.

Mit Glockenklang und Chorgesang wird gegenwärtig überall im Deutschen Reich die nationale Gedanke gefeiert. Denn das, was vor hundert Jahren wirklich Erhebendes geschehen ist, und was jeder aufrechte Mann, jeder Freund der Freiheit und des Fortschritts wohl gerne feiern möchte, das ist doch eben die Befreiung der deutschen Nation von der Fremdherrschaft. Ob die Grenzen so oder ein wenig anders gezogen worden, das ist schließlich nicht so wichtig. Worauf es ankommt und worüber auch wir Sozialdemokraten uns freuen, ist, daß die deutsche Nation sich das Recht erkämpft hat, ihre Sprache, ihre Sitten, ihre Eigenart, ihr Volkstum, mit einem Worte ihre Existenz zu bewahren und weiter zu entwickeln. In diesem eigentlichen und edlen Sinne national sind wir von jeher gewesen: kein Volk darf das andere unterdrücken; jedes einzelne Volk soll neben dem anderen blühen und gedeihen und das Seinige beitragen zur Vervollkommnung der Menschheit, der großen Völkerfamilie. In diesem Sinne gehören der nationale und der internationale Gedanke zusammen.

Zu derselben Zeit aber, wo die Befreiung der eigenen Nation in Deutschland patriotisch gefeiert wird, zu derselben Zeit begehrt der führende deutsche Staat, nämlich Preußen, fortgesetzt daselbe, was uns gerade jetzt mit solchem Liebeschwang der Gefühle als schwerstes Verbrechen hingestellt wird, die Bedrückung und Unterdrückung eines fremden Volkstums! Nicht besser versteht die Regierung die Jahrhundertfeier zu begehen, als indem sie von ihrem Landtag auf neue 230 Millionen Mark fordert zur Fortsetzung jener *Polenpolitik*, die sich allmählich zu einer schweren Gefahr, nicht etwa nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland ausgewachsen hat. Ja, die preussische Wächter haben entwickelt sogar neuerdings einen besonders regen Eifer in der Polenverfolgung. Haben sie doch seit einem Jahre nicht weniger als drei heftige Vorstöße gemacht. Da lohnt es wohl — zumal auch im Hinblick auf die kommende Landtagswahl — über diese Art preussischer Jahrhundertfeier etwas Aufklärung zu verbreiten.

Falsch wäre es, anzunehmen, daß nur Machtkrieger oder die Brutalität des Stärkeren die preussische Unterdrückungspolitik veranlaßte. Ihre innerste Triebfeder ist vielmehr die Angst. Gerade die Leute, die den nationalen Gedanken so verstehen, daß die eigene Nation über die anderen herrschen solle, müssen diesen selben nationalen Gedanken, den sie bei sich hegen und pflegen, bei allen anderen Völkern fürchten. Und um so mehr müssen sie ihn fürchten bei einer Nation, der sie mit schlechtem Gewissen gegenüber stehen. Sie müssen sich sagen, daß die Polen aus ihrer Bedrängnis gar keinen anderen Ausweg wissen, als das Streben nach einem selbständigen Staatswesen, und daß sie deshalb solches Streben nicht aufgeben können. Und diese Angst peitscht sie zu immer tollerem Unterdrückung auf. Als im Jahre 1907 das Entleerungsgesetz beraten wurde, hat der damalige Minister v. Rheinbaben diese Angst mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Wir sehen ein Fortschreiten des Polentums auf allen Gebieten, der Zahl nach, in der Besitzverteilung auf dem Lande und in der Stadt. Geht die Entwicklung so weiter, so werden wir einfach vor die Frage gestellt, ob wir zusehen wollen, daß in 50 Jahren die Provinz Polen und der größte Teil der Provinz Westpreußen wiederum polnisch sind, ob wir zusehen wollen, daß wenige Tagemärkte von Berlin sich ein innerlich vollkommen fremder Staatstörper entwickelt, der nur auf den Moment wartet, wo er sich auch äußerlich wieder vom preussischen Staatsganzen lösen kann.“

Mit anderen Worten: in demselben Augenblick, wo die preussischen Staatsweisen die nationale Erhebung und Befreiung von 1813 feiern, leben sie in der beständigen Angst, daß die Polen es heute ebenso machen könnten, wie die Preußen vor hundert Jahren. — Betrachten wir nun die Mittel, womit diese angebliche polnische Gefahr gebannt werden soll.

Das Ansiedlungsgesetz vom Jahre 1886 — das erste in der Reihe der Polengesetze — bestimmt einen Fonds von 100 Millionen Mark zu dem Zweck, durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter das deutsche Element in Westpreußen und Posen zu stärken. Es wurden Grundstücke gekauft und auf ihnen deutsche Besitzer und Arbeiter angesiedelt, Domänen und Forsten wurden erworben usw. Polnische Ansiedler sind davon ausgeschlossen. In neuerer Zeit ist dazu die sogenannte „Besitzbefestigung“ gekommen; d. h. wenn irgendwo ein deutscher Besitzer Neigung zeigt, sein Land an Polen zu verkaufen — sei es wegen Verschuldung oder auch nur in der Hoffnung auf Gewinn — so tritt der Staat dazwischen. Er bezahlt entweder die Schulden und legt dem Besitzer, der nun weniger Zinsen zu zahlen hat, die Verpflichtung auf, niemals an Polen zu verkaufen. Oder er erwirbt das Grundstück, damit es nicht in polnische Hände fällt. Selbstverständlich haben zu allen diesen Geschäften während der verfloßenen 26 Jahre die 100 Millionen bei weitem nicht gereicht. Durch spätere Gesetze ist der Ansiedlungsfonds wiederholt aufgefüllt worden, im ganzen hat er bis jetzt fast 725 Millionen Mark verschlungen. Nun sollen ihm, wie gesagt, von neuen 230 Millionen zugeführt werden. Außerdem hat man im Jahre 1904 ein Gesetz geschaffen, welches die Ansiedlung außerhalb der Ortsgemeinden von einer polizeilichen Genehmigung abhängig macht, die an Polen nicht erteilt wird. Und dazu kam dann im Jahre 1908 das Enteignungsgesetz, monach polnischer Landbesitz für Zweck der Ansiedlung zwangsweise enteignet werden kann.

Die Verteidiger dieser Maßnahmen behaupten gern, daß in der Ansiedlung ein „Kulturwert ersten Ranges“ geschaffen sei. So kann man auch in der Begründung der neuesten Vorlage wieder lesen, es seien 450 Schulen, 600 sonstige öffentliche Gebäude errichtet worden; über 56 000 Hektar Ackerland seien entwässert, 4900 Hektar Moorland urbar gemacht, 480 Hektar Wiesen ausgebaut, über 400 Kilometer Wege gepflastert oder chauffiert, über 4000 Rüge und Färjen an die Ansiedler ausgegeben worden; 550 000 Obstbäume habe man gepflanzt usw.

Das alles ist gewiß sehr schön. Aber schließlich wird sich wohl jeder selber sagen, daß für 725 Millionen Mark auch etwas geleistet werden kann. Wenn man schefelweise Staatsgelder hineinsteckt, ist es wahrlich kein Kunststück, blühende Anwesen aus dem Boden zu zaubern. Ihren wahren Sinn erhalten jene Zahlen erst, wenn man erfährt, daß trotzdem und alledem die Zurückdrängung des Polentums nicht gelungen ist. Aus eigener Kraft, ohne Staatsgelder, ja gegen die beständige Belämpfung durch die Staatsmacht, haben die Polen daselbe und mehr geleistet, wie die Staatsmacht mit ihren 725 Millionen! Die Begründung des neuen Gesetzes sagt:

„Seit 1886 . . . ist die Entwicklung des polnischen Volkstums zu einer eigenen, wirtschaftlich und politisch abgeschlossenen und sich abschließenden Macht weiter gedungen. Das Polentum konnte eine, leistungsfähigen und tatkräftigen Mittelstand hervorbringen, der an Stelle des polnischen Adels Träger des Widerstandes gegen das preussisch-deutsche Staatsleben geworden ist. Das Polentum verfügt über eine zahlreiche, arbeitskräftige und durch Schule und Heeresdienst auch arbeitsfähig gewordene Unterklasse. Neben die Grenzen Westpreußens und Posens hinaus, in Ostpreußen, Pommern und Schlesien sucht sich das Polentum auszubreiten und seinen Landbesitz zu vermehren. Und stärker als zuvor lebt in der gesamten polnischen Bevölkerung der Glaube an ihr Volkstum.“

Tatsächlich haben seit 1886 die Polen aus deutscher Hand rund 100 000 Hektar Land mehr erworben, als die Deutschen aus polnischer Hand! Daß aber die ganze deutsche Ansiedlung ein künstliches Gewächs ist, das aus eigener Kraft, ohne den Goldsegen der Staatskasse, nicht bestehen kann, das gibt die preussische Regierung selbst zu mit folgenden Worten:

„Obwohl der wirtschaftliche Aufschwung der beiden Provinzen, besonders dem dortigen Deutschtum zu gute gekommen ist, ist es doch noch nicht so weit erstarkt, daß es aus eigener Kraft den wirtschaftlichen Kampf gegen das Polentum mit Erfolg fortführen und eine weitere staatliche Förderung . . . entbehren könnte. Ohne die Unterstützung durch weitere Siedelung würden die Wirtschaftsentwürfe, die unter der Einwirkung der staatlichen Geldzufüsse entstanden oder emporgewachsen sind und noch festgelegt genug sind, zusammenbrechen; in ihrem Zusammenbruch würde eine Reihe anderer, selbst gesunder Teile des wirtschaftlichen Gefüges hineingezogen werden.“

Ein erfolgreiches Kulturwerk kann man das wohl nicht gut nennen, wenn nach 26 Jahren diese Ansiedlungen noch auf so schwachen Füßen stehen, daß sie ohne fortgesetzten Goldstrom aus der Staatskasse zusammenbrechen müssen. Mit dem Kulturwert ist es also nichts und auch nichts mit der Stärkung des Deutschtums. Dagegen hat diese Polenpolitik eine Reihe anderer Konsequenzen nach sich gezogen, Konsequenzen höchst bedenklicher Art, die wir in einem zweiten Artikel behandeln wollen.

(Schluß folgt.)

immer tische Übersicht.

Der belgische Generallstreik.

Die Resolution, durch die das Streikkomitee der belgischen Arbeiterpartei nach zweitägiger Debatte beschloß, dem Parteitag den Generallstreik zum 14. April vorzuschlagen, hat folgenden Wortlaut:

In der Erwägung: daß der außerordentliche Parteitag vom 30. Juni 1912 beschlossen hat, den Generallstreik nach Erschöpfung aller anderen Mittel zur Erringung der Verfassungsrevision anzuwenden;

daß das nationale Streikkomitee, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß alle anderen Mittel zur Erringung der Verfassungsrevision erfolglos angewandt worden waren, am 2. Februar den Beginn des Streiks auf den 14. April angefeht hatte;

daß dennoch das Komitee in seiner Sitzung vom 6. März diesen Beschluß ablehnte, damit auf die Einladung der Bürgermeister der Provinzstädte hin ein letzter Vermittlungsversuch ermöglicht werde;

daß jedoch die Erklärungen des Ministerpräsidenten zeigen, daß er trotz dieses Beschlusses und trotzdem die Bürgermeister ermächtigt hatte, den Vertretern der Arbeiterpartei das Gegenteil hoffen zu lassen, sich weigert, die Verfassungsrevision zur Diskussion zuzulassen;

daß unter diesen Umständen die Situation wiederum die gleiche geworden ist, wie vor dem 6. März, beschloß das Komitee, die Beschlüsse des 30. Juni 1912 und des 12. Februar 1913 anzuerkennen und dem am nächsten Sonntag zusammenzutretenden Parteitag, den 14. April für den Beginn des Generallstreiks vorzuschlagen. Das Ko-

mittee ist ferner der Ansicht, daß es von ausschlaggebender Wichtigkeit sei, dem Streik den ruhigen Charakter zu erhalten, den der Parteitag vom 30. Juni 1912 forderte, und daß jeder Versuch, ihm diesen ruhigen Charakter zu nehmen, als ein Verrat an der Sache der Arbeiterschaft zu bewerten ist.“

Die Diskussion, die zu der Annahme dieser Resolution führte, war leidenschaftlich, aber durchaus sachlich, kameradschaftlich und würdig. Gleich am Anfang war es klar, daß nur eine kleine Minorität der Komiteemitglieder — in der Hauptsache einige der hervorragenden Vertreter der Parlamentsfraktion — es für möglich hielt, zurzeit noch andere Mittel im Kampfe um die Verfassungsrevision anzuwenden, als den Generallstreik. Es gelang diesen Genossen jedoch nicht, die Mehrheit, die hauptsächlich aus den Vertretern der Arbeiterorganisationen der größeren Industriebezirke bestand, von ihrem Standpunkt abzubringen, der in der angenommenen Resolution formuliert ist. Es trat hierbei sehr deutlich zu Tage, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, den Generallstreik durchzuführen; es wäre aussichtslos, sie aus Erwägungen rein parlamentarischer Opportunität heraus von diesem Vorhaben abbringen zu wollen. Die Kampfbegeisterung der Massen und die Art, wie der Streik vorbereitet ist und noch vorbereitet wird, läßt einen größeren Erfolg erwarten, als er etwa auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen zu erreichen wäre. Dieser Ansicht verhielt sich die Minorität schließlich nicht länger, und ihre Wortführer erklärten nach der Abstimmung, sie würden dem Willen der Arbeiterschaft Rechnung tragen, sich dem Beschluß der Mehrheit fügen und auch danach handeln.

Man kann sagen, daß der Beschluß des Streikkomitees bei den Arbeitern aller Orte ein Gefühl freudiger Ergebung herbeigeführt hat. Es läßt sich nicht leugnen, daß trotz der Ruhe und Disziplin, womit die Arbeiter den Mahnungen des Streikkomitees Folge leisteten, der Beschluß des 6. März angenommen hatten, eine gewisse Beunruhigung über die ihnen allzu verjöhnlich erscheinende Haltung des Komitees Platz gegriffen hatte, die sich nach der Parlamentsitzung vom Mittwoch, in der es offenbar wurde, daß man sich von der Regierung hatte an der Nase herumführen lassen, bis zur offener Unzufriedenheit steigerte. Dieses Gefühl äußerte sich z. B. bei der Riesendemonstration, die am vorigen Sonntag die Arbeiter des Centreviere in dem Hauptorte dieses großen Industriebezirks La Louvière, vereinigte. Genosse Banderet referierte dort über die Lage und als er sagte, der Kongreß werde über die anzuwendenden Mittel zu beschließen haben, wurde er durch stürmische Zurufe unterbrochen, und die Menge brach in minutenlange Rufe: „Es lebe der Generallstreik! Wiegehnter April!“ aus, die sich nachher noch einmal wiederholten und den Redner veranlaßten, zu einem andern Punkte seiner Darlegungen überzugehen. Solche Kundgebungen ereigneten sich bei den Demonstrationen in Brüssel, die im Kohlenrevier Borinage stattfanden. Uebrigens haben sich alle Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, die seit dem vorigen Mittwoch stattgefunden haben — so in Genf, Verviers, Gerain, Charleroi, Groß-Brüssel, im Borinage usw. — die meisten einstimmig, die übrigen mit erdrückender Majorität für den Streik am 14. April ausgesprochen.

Deutschland.

Die Angst vor der Erbschaftsteuer.

Sobald von bürgerlicher Seite ein Wort zu Gunsten der Erbschaftsteuer fällt, gerät die „Deutsche Tageszeitung“ in einen Zustand beängstigender Nervosität. In sächlichen Blättern ist dieser Tage wieder einmal betont worden, daß die Erbschaftsteuer als eine gerechte Besteuerung unter allen Umständen anzustreben sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält dem entgegen, daß eine direkte Erbschaftsteuer keine sichere Grenze für den Angriff auf die Vermögenssubstanz haben könnte. Das Blatt fährt dann fort:

„Wäre die Erbschaftsteuer von 1909 zur Annahme gelangt, dann kann kaum der geringste Zweifel daran bestehen, daß man ihre Sätze bereits im Vorjahre zur Deckung der Kosten für die damalige Heeresvermehrung erheblich erhöht hätte, und daß man bereits wieder, und vermutlich recht energig, zugreifen würde. Wir sind natürlich weit entfernt davon, die großen Bedenken zu verkennen, die jeder direkten Besteuerung durch das Reich, gleichviel in welcher Form, entgegenstehen. Aber eine direkte Reichserbschaftsteuer würde, auch vom Standpunkte der Bundesstaaten, die bedenklöse und gefährlichste Form einer solchen Steuer sein — wenigstens für jeden, der aus der Entwicklung der deutschen Reichsfinanzen gelernt hat, und dessen Blick etwas weiter als bis heute und morgen reicht.“

Herr Dr. Hertel, der aus der Tatsache, daß er in Sachen einmal gewählt wurde und das nächste Mal elend durchfiel, das Recht herleitete, die gesamte sächsische bürgerliche Presse fortgesetzt zu schultern, hat sich auf der Sitzung des Bundes der Landwirte bekanntlich auch dahin geäußert, daß ein Mangel an Wehrfähigkeit noch lange nicht so schlimm sei wie die Einführung einer Erbschaftsteuer. Diefem Standpunkt bleibt er treu, und es ist anzunehmen, daß die Agrarier bereit wären, selbst gegen die Militärvorlage zu stimmen, wenn sie mit einer Erbschaftsteuer verbunden werden sollte. Bei der Vermögens- und Einkommensteuer wollen sich die Agrarier sehr gern und schlan zu drücken bei der Erbschaftsteuer aber mühten sie dem Bericht Eubla in die Bücher gestatten und neben der Erbschaftsteuer keine dann ver-

Nulllich auch nach die hinterzogene Bernadotte und Einbehalten der Einbehalten. Begierde ist der eigentliche Grund der verhängen Gegenüber der Argartier gegen die Erblichkeitssteuer, nicht aber die Beforgnis, daß der Familienfideiussat gefährdet werden könnte.

Deutsches in der Welt voran!

Als kürzlich im Reichstag die Frage der Ueberführung der Eisenbahnen in den Besitz oder wenigstens den Betrieb des Reichs berührt wurde, begab sich der Abgeordnete Graf Kanitz auf die Tribüne, um zu verkünden, daß Preußen nimmermehr auf seine stehenden Eisenbahnerträge verzichten werde. Er trümpfte auf mit den mehr als 800 Millionen Ueberfluß, die bei der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1911 gemacht worden seien, und rechnete den Abgang, besonders den süddeutschen Staaten vor, wie armseelig es um die Bahnen bestellt sei. Das Eisenbahnkapital habe sich in Preußen mit 7,22 Prozent verzinst, in Baden nur mit 4,17 Prozent, in Württemberg gar nur mit 3,43 Prozent.

Nur zu einem Teil darf sich die preussische Eisenbahnverwaltung und der Landtag die günstige Rente als ein eigenes Verdienst anrechnen. Die dem Bau und Betrieb der Eisenbahnen sehr vortheilhafte Bodenverteilung Preußens, die gewaltige Größe des Verkehrsnetzes, die den Vorteil des Großbetriebs gewährt, die günstigen Bedingungen der industriellen Entwicklung im Westen sind wahrlich nicht auf junkerliche Ruhmestaten zurückzuführen. Wohl aber haben die Junker noch einer anderen Richtung sich verdient gemacht um die Rentabilität der preussischen Bahnen: durch Festhalten an den niedrigen Löhnen der Unterbeamten und Arbeiter des Eisenbahnbetriebs. Schärfer als wir sie barstücken könnten, wurde diese Last im Finanzausschuß des württembergischen Landtags vom württembergischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebracht, der gegenüber den Anträgen unserer Genossen auf Revision der Lohnordnungen folgende Siffern bekannt gab: Im Jahre 1911 wurden an Löhnen gezahlt:

Table with 5 columns: Region (Württemberg, Preußen, Bayern, Sachsen, Baden) and 4 rows of job categories (Bahnunterhaltungsarbeiten, Arbeiter im Zugabfertigungsdienst, Arbeiter im Zugförderungs- und Werkstättendienst, etc.)

Trotz der fabelhaften Eisenbahnüberschüsse steht Preußen in der Bezahlung seiner Arbeiter durchweg an letzter Stelle. Nur Sachsen weist bei einer Kategorie einen noch etwas geringeren Satz als Preußen. Für 853 Mark löst der preussische Staat einen Arbeiter ein volles Jahr schuften, damit 800 Millionen aus den Eisenbahnen herausgerührt und den Besitzenden an Steuern erparnt werden. Dabei prunkte der preussische Eisenbahnminister vor wenigen Tagen bei Beratung des Eisenbahnetats im Landtag mit der Erhöhung der Arbeiterlöhne um 33/100 Prozent seit dem Jahre 1902! Und trotzdem heute, in der Zeit höchster Lebensmittelpreise, erlt 853 Mark Jahreslohn für Bahnunterhaltungsarbeiter!

Der preussische Staat beutet aber nicht nur seine eigenen Arbeiter aus, sondern hindert auch die süddeutschen Staaten an weiteren Lohnhöhungen. Der württembergische Ministerpräsident erklärte nämlich weiter, wenn Württemberg den Lohnunterschied noch vergrößere, so entstände die Gefahr, daß innerhalb des Staatsbahnenverbandes an den Kosten der in Württemberg ausgeführten Wagenreparaturen von den übrigen Verwaltungen Anzeige gemacht würden wegen der hohen Löhne in Württemberg!

In den Lohnsätzen der süddeutschen Staaten tritt der Einfluß in die Erscheinung, den unsere Genossen in den dortigen Landtagen immerhin erlangt haben. Der antirepublikanische Tätigkeit unserer Genossen im Süden werden aber Hemmnisse bereitet durch das preussische Junkerparlament — zum Schade der preussischen und der süddeutschen Arbeiter zugleich.

Erwähnt mag noch werden, daß der württembergische Finanzausschuß die Forderung des Achtstundentages, die von den Eisenbahnwerkstättenarbeitern erhoben und von unseren Abgeordneten nachdrücklich vertreten wurde, der Regierung zur Erwägung überwies.

Zur Fideikommissfrage.

Am ersten Sitzungstage des Deutschen Reichstags nach den Osterferien kommt eine fortschrittliche Antrag zur Verhandlung, der die Errichtung und Erweiterung von Familien-Fideikommissen verboten wissen will. Die konservative Presse hat sofort heftig gegen den Antrag gewettert und jetzt polemisiert auch die parteiliche „Konservative Korrespondenz“ gegen ihn. Sie befreit zunächst dem Reichstag die Befugnis, über die Fideikommissfrage zu beraten, da diese Frage auf Grund der Verfassung und des Artikels 59 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch zur Zuständigkeit der Bundesstaaten gehöre. Der fortschrittliche Antrag sei überdies nur aus Rücksichten auf die preussischen Landtagswahlen gestellt, um zu zeigen, wie radikal der Fortschritt gegen die Konservativen vorzugehen gedenke. Dazu führt die „Konservative Korrespondenz“ weiter aus:

„Inmerhin haben aber auch die Konservativen eine Beziehung des Fideikommisswesens nicht zu scheuen, denn gerade von konservativer Seite ist in den letzten Jahren wiederholt auf verschiedene Mißstände hingewiesen worden, die in der Fideikommissfrage zu Tage getreten sind. Auch auf der letzten Ta-

gung des Bundeskongresses, Kollegiums ist die Reformfrage besprochen worden, und dabei ist gerade von Männern, die in der konservativen Partei eine führende Rolle einnehmen, wie dem Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Frh. v. Wangenheim, und dem Vorsitzenden der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, Herrn v. Bahold, auf die bedauerliche Tatsache hingewiesen worden, daß Güter, die in der Industrie, im Großhandel und im Bankgewerbe sich Millionen erworben haben, große Latzstücke als zusammenhängende und viele selbstmüßig festliegen. Treffend wies auch einer der konservativen Führer im Kreise Landsberg-Soldin, Rittergutsbesitzer v. Kiliński-Charlottenhof, darauf hin, daß aufstrebend an der Berliner Börse der Titel „Rittergutsbesitzer“ schon zur Zulassung erforderlich sei. Im Bundesökonomikollegium wurde auch ein Antrag der Konservativen angenommen, wonach die Begründung von Familien-Fideikommissen grundsätzlich auf solche Landgüter beschränkt bleiben solle, welche seit mindestens 50 Jahren in der Familie derselben Familie verbleiben“ sind. Gegen diese Forderung des Bundesökonomikollegiums hat aber sofort der freikundliche Abgeordnete Hoff Stellung genommen, mit der Begründung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich seien.

Wenn den Konservativen daran gelegen ist, die Bankier-Fideikommissfrage zu befechtigen, so brauchen sie ja nur dem fortschrittlichen Antrag auf Verbot aller Fideikommissen zuzustimmen. Das wollen sie natürlich nicht, denn damit ginge ein alles junkerliches Vorrecht verloren.

Liberaler Selbstmordgefühle. Mit dieser viessagenden Ueberschrift verleiht die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ eine Einfindung aus ihrem Leserkreise, die sich mit der preussischen Wahlrechtsreform befaßt. Den Liberalen, die ohnehin nur in der Theorie für eine wirklich durchgreifende Aenderung des elendesten aller Wahlssysteme sind, wird vorgehalten, daß sie den Akt, auf dem sie sitzen, selbst abhagen würden, wenn das Wahlrecht geändert würde. Sie müßten zunächst fast sämtliche Großstädte verlieren. „Demnach“ so wird weiter ausgeführt, „steht zweifellos fest, daß die Radikalisierung unseres Landtagswahlrechts auf alle Fälle und mit tödlicher Sicherheit zunächst der Sozialdemokratie eine große Anzahl Mandate zuschützen würde, die fast ausschließlich den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen verloren gehen würden. Es ist deshalb nicht zuviel gesagt, wenn man die liberale Forderung nach einer Radikalisierung unseres Landtagswahlrechts als liberale Selbstmordgefühle bezeichnet, nach ganz abgesehen davon, daß Preußen unter dem jetzigen Wahlrecht eine beispiellose wirtschaftliche und kulturelle Höhe erreicht hat, um die uns die Welt beneidet.“ Die wirtschaftliche Höhe Preußens ist erreicht worden nicht etwa durch dieses Wahlrecht, sondern trotz dieses Wahlrechts. Die konservative Partei aber, die sich dank dieses Wahlrechts im Landtag breit machen kann, hat zur Erreichung dieser Höhe absolut nichts beigetragen. Wie es mit der Höhe der Kultur in den agrarischen Bezirken ausieht, darüber ist jedenfalls kein Wort zu verlieren. Daß bei einer vernünftigen Wahlreform die Liberalen städtische Mandate verlieren würden, ist schon richtig, sie würden aber dafür in halbländischen Bezirken sehr viel gewinnen und — was die Hauptsache ist — die Macht des Junkertums wäre gebrochen. Uebrigens brauchen sich die Konservativen nicht in die Unkosten großer Besorgnis zu stürzen — der preussische Liberalismus hat es mit einer Wahlreform nicht so eilig.

Bürgerliche Sozialpolitik. Die Rückständigkeit der bürgerlichen Gemeindevorteiler der Stadt Augsburg in sozialpolitischen Dingen zeigte sich bei der Beratung des Gemeindehaushaltsplanes im Stadtmagistrat wieder. Abgelehnt wurde der Antrag der Sozialdemokraten, 15 000 Mark zur Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung einzusetzen, da dies Aufgabe des Reiches sei. Abgelehnt wurde auch ein anderer sozialdemokratischer Antrag, durch den die Löhne aller städtischen Arbeiter und Bediensteten mit einem Einkommen unter 2000 Mark um 10 Pfennig täglich gesteigert werden sollten. Die Ablehnung erfolgte mit Rücksicht auf die Privatindustrie, obwohl diese noch höhere Löhne zahlt als die hier geforderten. Schließlich ließ sich die bürgerliche Mehrheit herbei, den Arbeitern und Bediensteten mit einem Einkommen unter 1200 Mark eine Lohnerhöhung von täglich — 10 Pfennig zu gewähren.

Tagegelder für Schöffen und Geschworene. Das neue Gesetz, das an Schöffen und Geschworene Tagegelder gewähren soll, dürfte dem Reichstag nach Ostern zugehen. Die Tagegelder sollen auf 3—5 Mark bemessen werden, außerdem wird eine Entschädigung für Nachtquartier gewährt. Die Entschädigung ist aus den Mitteln der Einzelstaaten zu bestreiten, sie wird sich für Preußen auf eine Million Mark im Jahre belaufen. Die den Schöffen und Geschworenen entstandenen Reisekosten sind ihnen schon seither erstattet worden.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der Bürgermeister der Stadt Wien beauftragte den Magistrat, über die Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung, auf freiwilliger Grundlage und im Anschluß an die städtische Arbeitsvermittlung, Studien zu pflegen und ihm diesbezügliche Anträge zu unterbreiten. — Am 1. März liefen in 21 Orten die Tarifverträge für 23 152 Mitglieder des Maurerverbandes ab. Eine Er-

„Reserve hat Ruh!“ Einige rissen Tabersky hoch. Er konnte zwar noch leidlich stehen, mußte aber offenbar nicht, um was es sich handelte. Er wurde zur Tür hinausgeschoben, wo ihn der Unteroffizier in Empfang nahm. Wir hörten die beiden den Korridor entlang tockeln und gingen ans Fenster, um den Abzug zu sehen.

Da erhob sich plötzlich ein großer Lärm. Vom Hofe her strömten die Mannschaften zum Kasernenort, als dem sich bald ein Knäuel uniformierter Menschen hervordrängte. Als er sich allmählich löste, blieben drei Personen übrig: Tabersky, der Unteroffizier vom Dienst und der Bataillonsadjutant. Diese beiden hielten Tabersky fest und brachten ihn über den Hof zum Major, der den Oberbefehl über die Transporte hatte.

Tabersky ging jetzt ganz ruhig, aber er und der Unteroffizier bluteten. Als der Major sagte, konnten wir nicht verstehen; er deutete mit der Hand nach der Türe, und dorthin wurde Tabersky nun gebracht. Er sträubte sich sehr, aber kräftige Hände zwangen ihn; er schrie, daß es über den ganzen Kasernenhof schälte: „Mutter, Mutter!“ aber es antwortete nichts als ein tödliches Schweigen.

Bald erjähren wir, was geschehen war. Tabersky hatte sich in seiner Bewußtlosigkeit dem Unteroffizier, der ihn hinunterbringen wollte, widergesetzt, war auf der Treppe mit ihm ins Handgemenge gekommen und hatte ihn hinabgeworfen. Unten in der Türe harrte der Bataillonsadjutant; gestanden, der das letzte mit angeknippte hatte. Das war der Hergang.

Eine Stunde später wurden Tabersky's alle Uniformstücke nach der Küche gebracht, wo er sie an Stelle der Zivilkleider wieder anziehen mußte; er selbst wurde gegen Mittag ins Garnisonsgefängnis abgeführt.

Nach fünf oder sechs Wochen wurde er unter Anklage des Vergehens im Ungehorsam und des tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vor das Kriegsgericht gestellt.

neuerung der Verträge kam nicht zustande, da die Unternehmer über ihr erstes Angebot, 64 Heller Stundenlohn, nicht hinausgehen wollten. — Der Magistrat von Kraus hat angeordnet, daß den Ehemännern bei ihrer Arbeit Stühle oder Bänke bereitgestellt werden, weil durch das fortwährende Stehen bei der Arbeit oft dauernde Erwerbsunfähigkeit verursacht wird. — Am 1. März liefen die Tarifverträge für das Wiener Anstreich- und Malergewerbe ab. Da von den Unternehmern Verhandlungen nicht angebahnt wurden, wollen die Beihilfen ihre Forderungen von Betrieb zu Betrieb regeln. — Der Zentralverband der Konsumvereine beschloß die Errichtung einer Geschäftsführerschule. — Mit geringer Majorität verwarf das Herrenhaus den vom Abgeordnetenhause beschlossenen Begehren, wonach die Bestrafung kontraktlich abgeleiteter Arbeiter abgelehnt werden sollte, trotzdem sogar die Regierung für den Antrag eintritt. Nach wie vor wird es also auch auf diesem Gebiete für Unternehmer und Arbeiter zweierlei Recht geben.

Die Auktion der ungarischen Arbeiterpartei hat den politischen Generalstreik vorläufig aufgeschoben. Inzwischen bereiten sich die Arbeiter noch eifriger als je zuvor auf den kommenden großen Kampf vor, da sie die von der Regierungspartei unter der allerhöchsten Vergewaltigung beschlossene reaktionäre „Reaktion“ des Wahlrechts nicht durchgehen lassen wollen.

Schweiz.

Die Kommission zur Beratung des neuen Fabrikgesetzes hat entgegen den Wünschen des Bundesrats und der Arbeiterkassen daran fest, daß der Arbeitgeber gegen seine Arbeiter Geldstrafen verhängen kann. Allerdings sollen sie in der Fabrikordnung festgesetzt sein. Durch eine Satzung der Fabrikinspektoren ist aber festgestellt worden, daß in der weitaus größten Zahl aller Betriebe — über 90 Prozent aller Betriebe mit mehr wie 50 Beschäftigten — das System der Fesseln schon gänzlich beseitigt ist. — In Esslingen im Kanton Tessin erstreckte die Organisation der Eisenbahner ihr zweites Ferienheim. — In der Schweiz gibt es 13 414 männliche und 33 529 weibliche Gastwirtsgehilfen, für die eine moderne Gewerkschaft bisher nicht bestand. Deshalb hat das Gewerkschaftsorganell in Zürich den deutschen Verband der Gastwirtsgehilfen veranlaßt, die Schweiz in sein Agitationsgebiet aufzunehmen und dort einen eigenen Gewerkschaftszweig anzustellen. Die große Fluktuation der Gastwirtsangestellten und andere Gründe ließen es nicht als ratsam erscheinen, für die Schweiz eine ganz besondere Organisation zu schaffen. — Der Holzarbeiterverband konnte im Jahre 1912 für 654 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von wöchentlich 3,668 Stunden und eine Löhnerhöhung von wöchentlich 5,538 Fr. für 1,915 Personen durchsetzen. Aus seiner sehr sorgfältig geführten Rechnungskasse geht hervor, daß der durchschnittliche Stundenlohn aller Lohnarbeiter betrug: 1907: 64 1/2 Centimes, 1908: 72 Centimes, 1909: 72 Centimes, 1910: 74 1/2 Centimes, 1911: 72 Centimes, 1912: 80 Centimes. Bei den Schreibern betrug der durchschnittliche Stundenlohn 1907: 64 Centimes, 1908: 72 1/2 Centimes, 1909: 73 Centimes, 1910: 75 Centimes, 1911 79 Centimes, 1912: 82 Centimes. — In den meisten Städten der Schweiz sind die örtlichen Sektionen der Gewerkschaften mit denen der sozialdemokratischen Partei in einer „Arbeiter-Union“ vereint. Die Arbeiter-Union in Zürich hat nun beschlossen, daß die Gewerkschaftlichen wie auch die Parteisektionen für sich getrennte Zentralkörperschaften schaffen, in allgemeinen Fragen jedoch nach wie vor zusammenarbeiten sollen.

Holland.

Die Verhältnisse der Staatsarbeiter. Nach den Angaben des holländischen statistischen Jahrbuchs, die leider nur bis zum Jahre 1908 reichen, gab es im europäischen Holland im Jahre 1899 erst 64 132, 1902 schon 110 932, 1908 dagegen 178 954 im Staatsdienst beim bei Staatsarbeiten Beschäftigte. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit betrug 8 Stunden oder weniger bei 10 089 Beschäftigten, 8—9 Stunden bei 17 475, 9—10 Stunden bei 38 389, 10—11 Stunden bei 112 382, 11—12 Stunden bei 665 und sogar mehr wie 14 Stunden bei 4 Beschäftigten. Der durchschnittliche Stundenlohn ist für erwachsene Arbeiter wie folgt angegeben: Erdarbeiter 18 Cents, Maurer 23 1/2 Cents, Handlanger 18 1/2 Cents, Schiffer 19 1/2 Cents, Tagelöhner 17 Cents, Schmiede 22 Cents, Maler 20 1/2 Cents, Zimmerer 21 1/2 Cents.

Italien.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß in Mailand nahm zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes Stellung. Er verlangte besonders die Ausdehnung der obligatorischen Unfallversicherung auf alle Arbeiterkategorien, Auszahlung der Entschädigungen in Raten und nicht, wie das heute geschieht, mit einer Abfindungssumme, sowie Erlass aller privaten und Sonderkassen durch eine einzige staatliche Kasse.

Spanien.

Die sozialistische Partei beabsichtigt, ihr Wochenblatt El Socialista demnächst in ein Tagesblatt umzuwandeln. Es würde dies das erste tägliche Arbeiterblatt in Spanien sein.

Rußland.

Seit Mitte Februar finden in Petersburg allnächtlich Hausdurchsuchungen statt, gefolgt von zahlreichen Verhaftungen von Arbeitern und Studierenden. Zwischen 40 und 100 solcher Befugnisse werden von der Polizei jede Nacht gemacht. So wurden in der Nacht vom

Preussischer Kommiss.

Ein Hauch der Freiheit ging durch die muffigen Kasernen. Fröhliche Gesichter und helle, glänzende Augen überall. In den dunklen Korridoren, in der Kantine und auf den Stuben erscholl die alten Weisen:

Und sind wir zu Hause gekommen, Ins Wirtshaus treten wir ein! Da sitzen wir, Binat! die Gläser: Die traurige Zeit ist vorbei! Die traurige Zeit ist vorbei — Soldat sind wir nicht mehr — —

Der letzte Tag war ein Sonntag. Am andern Morgen sollten die Transporte abgehen. Die Gelegenheit, noch einmal mit den alten Kameraden zusammen zu sein, noch einmal mit ihnen zu trinken, wurde natürlich reichlich ausgenutzt. Auch Tabersky trank sich einen letzten Rausch an. Erst gegen Morgen kam er, Respektlos hingelacht, auf die Stuben. Er warf sich angekleidet wie er war aufs Bett.

Seit darauf ertönen Trompetensignale, für die Reservisten das Zeichen, daß sie jetzt zum Entladen der Transporte vor den Kasernenportieren anzutreten hatten. Die Unteroffiziere liefen durch die Korridore, riefen die Soldaten auf, ließen die Schläfer wach. Tabersky richtete sich nicht. Nach einer Weile rüttelten ihn andere, müde Gesichter. Vom Kasernenhofe scholl schon die stimmungsgemäße Gemurmel herauf, das zwischen klagen drohende Kommandos, während Tabersky noch immer unglücklich betrunken im Bette lag. Er räumte vor Reserve, die jetzt endlich Ruhe habe.

Ich sprang aus dem Bette und beteiligte mich ebenfalls an den Wiederbelebungsvorgängen. Bergelich. Nun kam auch der Unteroffizier vom Dienst: „Tabersky, Wachenstand, alles wartet auf Sie! Nun aber schlafen Sie!“

„Reserve hat Ruh!“ Warte es vom Bette her. Wachen Sie kann man nicht. Zwei Jahre lang hat der Herr nach Hause geschickt, und nun, wo er fast, ist er nicht aus der Kaserne zu kriegen! Kommandat!

„Reserve hat Ruh!“ Einige rissen Tabersky hoch. Er konnte zwar noch leidlich stehen, mußte aber offenbar nicht, um was es sich handelte. Er wurde zur Tür hinausgeschoben, wo ihn der Unteroffizier in Empfang nahm. Wir hörten die beiden den Korridor entlang tockeln und gingen ans Fenster, um den Abzug zu sehen.

Da erhob sich plötzlich ein großer Lärm. Vom Hofe her strömten die Mannschaften zum Kasernenort, als dem sich bald ein Knäuel uniformierter Menschen hervordrängte. Als er sich allmählich löste, blieben drei Personen übrig: Tabersky, der Unteroffizier vom Dienst und der Bataillonsadjutant. Diese beiden hielten Tabersky fest und brachten ihn über den Hof zum Major, der den Oberbefehl über die Transporte hatte.

Tabersky ging jetzt ganz ruhig, aber er und der Unteroffizier bluteten. Als der Major sagte, konnten wir nicht verstehen; er deutete mit der Hand nach der Türe, und dorthin wurde Tabersky nun gebracht. Er sträubte sich sehr, aber kräftige Hände zwangen ihn; er schrie, daß es über den ganzen Kasernenhof schälte: „Mutter, Mutter!“ aber es antwortete nichts als ein tödliches Schweigen.

Bald erjähren wir, was geschehen war. Tabersky hatte sich in seiner Bewußtlosigkeit dem Unteroffizier, der ihn hinunterbringen wollte, widergesetzt, war auf der Treppe mit ihm ins Handgemenge gekommen und hatte ihn hinabgeworfen. Unten in der Türe harrte der Bataillonsadjutant; gestanden, der das letzte mit angeknippte hatte. Das war der Hergang.

Eine Stunde später wurden Tabersky's alle Uniformstücke nach der Küche gebracht, wo er sie an Stelle der Zivilkleider wieder anziehen mußte; er selbst wurde gegen Mittag ins Garnisonsgefängnis abgeführt.

Nach fünf oder sechs Wochen wurde er unter Anklage des Vergehens im Ungehorsam und des tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten vor das Kriegsgericht gestellt.

Blut magte er nicht zu erheben, sein Gang war der eines Träumenden. Ich rief ihn leise an, ein leichtes Ausleuchten suchte über sein verzweifeltes Gesicht, dann schloß sich schon wieder die Tür des Gerichtszimmers hinter ihm. Die Sache selbst ging wunderbar schnell. Als ich vernommen wurde, sagte ich, daß Tabersky bis zur völligen Bewußtlosigkeit betrunken gewesen sei. Ich glaubte ihm damit einen Dienst zu erweisen; ich mußte ja nicht oder dachte wenigstens nicht daran, daß Trunkenheit bei militärischen Vergehen niemals als Strafmilderungsgrund gilt! Sonst würden nicht viel Worte gemacht; es war ja alles sonnenklar!

Der junge Kriegsgerichtsrat, der die Anklage vertrat, redete, als ob Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches davon abhänge, wie dieser arme, verzweifelte Bursche behandelt würde. Er hatte leichtes Spiel. Der Verteidiger Tabersky's, ein fetter Oberleutnant, machte nicht viel Einwendungen. Tabersky selbst sagte gar nichts, nur Nein und Ja, und das so demutsvoll und ergeben, daß es wie das Gesöhn eines Sterbenden durchs Zimmer summete.

Das Gericht brauchte genau sieben Minuten, um sich über das Strafmaß zu einigen. Dann wurde das Urteil verkündet: Zwei Jahre und sieben Monate Gefängnis.

Als es heraus war, stieß Tabersky einen dumpfen, gurgelnden Schrei aus. Er schwankte und griff nach der Barriere. Sein Blick irrte hilflos durchs Zimmer und blieb eine Sekunde auf uns haften.

„Abführen!“ Wir waren wie d. Taub. Nein, ich war wirklich betäubt. Ich wollte mich vom Stuhle erheben, aber es war, als läge ein Granitblock auf meinen Knien. — „Ihr seid entlassen!“ Schrie uns der Verhandlungsleiter ins Bewußtsein zurück.

Draußen auf dem halbdunklen Korridor sahen wir zwei Personen: ein Sergeant brachte Tabersky in seine Zelle zurück. Ich sah ihn noch einmal Moment dahinschwanken, dann verschlang ihn das dunkle Treppenhaus. Seine Schritte verklangen, wie sein dumpfer Schrei verklangen war, im erbarmungslosen Schweigen. Und hinten, im Kreise Scharren, in einer ebenen Lehnhütte spähte eine alte Frau über die leeren Felder nach ihrem Sohne.

3. zum 4. März über 100 Hausjungen veranlassen, die in der großen Mehrzahl der Fälle mit Verhaftung endeten. Es wird dabei auf Mitglieder des Streikkomitees, das angeblich die neue Streikbewegung in Petersburg leitet, und auf Mitglieder der Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei gefahndet. Sämtliche Gefängnisse sind überfüllt. Die Inhaftierten werden auf den Polizeirevierern gehalten. — Im August d. J. findet in Wien der allgemeine allrussische Genossenschaftstag statt. — Die Zahl der in der russischen Textilindustrie beschäftigten Frauen betrug im Jahre 1911: 638 500, die Zahl der männlichen Arbeiter 1 412 920. — Bei der gegenwärtig zur Einführung gelangenden Arbeiterversicherung sieht die Regierung ihre alten Bratillen fort, den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen durch alle erdenklichen Schikanen unmöglich zu machen. Jeder Versuch der Arbeiter, sich untereinander zu verständigen, wird im Keime erstickt. Zu den Zusammenkünften der Unternehmer jedoch sendet die Regierung Beamte und Sachverständige, damit die Unternehmer bei ihrer Interessensvertretung in der Versicherung ja nicht zu kurz kommen.

Danzig.

Das Paradies der Armen.

Wenn ein Arbeiter in Danzig zum Dank dafür, daß er sich ein Menschenalter lang ausbeuten ließ, arm und gebrechlich seinem Lebensabend naht, so lernt er erst erkennen, wie sehr der Oberbürgermeister allen Bürgern das Leben angenehm gemacht hat. Wenn seine Lebensarbeit auch goldenen Ertrag häuften, die gottgewollte Weltordnung will, daß dieser den kapitalistischen Ausbeutern als Profit, Dividende usw. zufiele. Er selbst bleibt eben der Arme und Beklögte. Doch seine Vaterstadt vergißt ihn nicht. Entweder erhält er in hilfloser Not die Armenunterstützung, oder aber unter den schattigen Bäumen des Danziger Armenparadieses in Pelonken öffnet sich ihm ein idyllischer Lebensabend. Konnte man an der romantischen Schönheit der letzten Zustände der Arbeiter in dem liberalen Danzig schon bisher nicht zweifeln, so ist sie nach dem Amtsantritt des sozialen Stadtrats Dr. Evert über jeden Zweifel erhaben geworden.

Es ist nichts als sozialdemokratische Nörgelsucht, wenn behauptet wird, daß die Armen in den städtischen Anstalten in wenig menschenwürdiger Weise gehalten werden. Die Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Im städtischen Waisenhaus zu Pelonken betragen die täglichen Kosten der Verpflegung für den Säugling 45,88 Pfennige. Im städtischen Arbeits- und Siedehaus in der Sandgrube gibt man für den Häusler und Tag gerade 57 Pfennige aus, für das Personal dagegen 85 Pfennige. In der Armenanstalt in Pelonken beträgt der Verpflegungsatz für das Personal auch 85 Pfennige, für die Siedehauslinge 45 Pfennige und für gewöhnliche Pfleglinge gar nur 30 Pfennige. Im Jahre 1911 betrug der Satz gar nur 28,64 Pfennige! Wenn sich also die Armen und Alten gegen die Internierung in Pelonken sträuben, so ist das wirklich nur Voreingenommenheit gegen die dortigen Fleischtöpfe. Was soll man dazu sagen: 30 Pfennige Beköstigung für einen ganzen Tag für einen Menschen, der nur das Verbrechen beging, arm geblieben zu sein! Besser könnte die im städtischen Dreiklassenhause auf Grund ihres Wonnens regierende Kasse ihre — Hochachtung vor den armen Mitmenschen gar nicht beweisen.

Diese Zustände machen es verständlich, daß Dr. Evert an dem städtischen Armenetat fortgesetzt mit einer wahren Sparwut experimentiert. Im vorigen Jahre erreichte es noch die Empörung weiler bürgerlicher Kreise, als er die baren Unterstützungen um 7000 Mark herabsetzte. Schon seit 1912 geißelt nun noch die Teuerung die Armen. Die Arbeitslosigkeit nahm so ab, daß die Arbeitslosen in öffentlichen Versammlung die Hilfe der Stadt fordern müssen. Allgemein steigt die Erkenntnis, daß die Armenunterstützung nicht den letzten Hungergroßden darbieten darf, sondern sozial wieder aufrichten muß. Das alles veranlaßte den Magistrat im glorreichen Jahre der Gründung des Reitparks und der Weltbadpolitik, den Armenetat in unglaublicher Weise herabzusetzen. Die laufenden Unterstützungen „ermäßigte“ man von 175000 Mk. auf 150000 Mk., also um nicht weniger als 25000 Mark oder gleich fast 15 Prozent! Die außerordentlichen Unterstützungen wurden von 53000 Mk. auf 43000 Mk. um 10000 Mark oder gar 20 Prozent gekürzt! Der Hungerfrei tausender armer Kinder geht durch die Großstadt und der Magistrat antwortet dadurch, daß er sogar die Milchlieferungen von 7000 Mk. auf 5000 Mk. um gleich 2000 Mark oder fast 33 1/3 Prozent herabsetzt! Für Suppen setzte er die Kosten gar von 4000 Mk. auf 2000 Mk. um 2000 Mark oder noch über 50 Prozent herab! Selbst für Kohlen wurden statt 3400 Mk. nur noch 1500 Mk., also 1900 Mark oder fast 60 Proz. weniger angezählt! Auch für die Pflegekinder kürzte man die Unterstützung von 80750 Mk. auf 76630 Mk. um 4120 Mark. Dieses sind noch lange nicht alle „ersparten“ Etatpositionen. Rechnen wir sie aber nur allein zusammen, so erhalten wir einen den Armen entzogenen Gesamtbetrag von 55220 Mark. Unter Einrechnung des schon im Vorjahre entzogenen Betrages von 7000 Mk. ergibt das eine Benachteiligung der Armen von 62000 Mark! Und das wagte man bei günstigen Finanzen in dem Jahre, als man allein den Zuschuß für die 3750 höheren Schüler ohne gesetzliche Pflicht von 488350 Mk. auf 504792 Mk. um 18442 Mark erhöhte!

Wie man solche Ziffern und stellt man sich ihre Umgründe, fühlendes Menschenleben, das in verzweifelter Hoffnungslosigkeit auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen ist, vor, dann fühlt man erst, wie entsetzlich schwer es ist, Redakteur eines Arbeiterblattes zu sein. Welche Worte müßte einem die Empörung über solche Härtheit zwingen in die Feder zwingen und wie muß man sich bezwingen, um nicht im hundertmal berechtigten Zorn Stoff zum Gezer über einen sozialdemokratischen „Roheitsausbruch“ zu geben.

Aber wir haben ja die Stadtverordneten der Blockverbrüderung zur Förderung des Allgemeinwohls und unter ihnen liegen ja auch Leute im Arbeiterkittel. Am 11. März — nach dem Jubeltage der preussischen Befreiung — brachte denn auch der Hirsch-Dunckerische Nitz die Verminderung der Armenunterstützung deshalb zur Sprache, weil durch den dadurch gesteigerten Betrag die Geschäftsleute stärker belastigt würden. Auch rügte er ein wenig die in vielen Armenkommissionen bestehende Unzufriedenheit mit der früher nicht gekannten Sparpraxis des Stadtrats Dr. Evert. Im Tone eines Mitarbeiters der inneren Mission rechtfertigte Dr. Evert sein System ohne Wimperzucken mit der Begründung, daß bisher eben zu viel und unberechtigt gegeben wurde! Wie grundlos Unterstützung gegeben wurde, bewies er in einem Paradesalle, in dem die Familie mit 3 Kindern ein Gesamteinkommen von 2148 Mark hatte. Wie alt die sogenannten „Kinder“ waren und welche Verpflichtungen sie hatten, davon hörte man nichts. Der „soziale“ Mietervereinler Stahl fand die Herabsetzungen durch die guten Erwerbsverhältnisse infolge der Hafenerweiterung und der Wallniederlegung sehr begründet. Heiliges Tischt! Nur Dr. Klein war der einzige, der als Arzt und Mensch gegen diese Armenpraxis Einspruch erhob. Er stellte fest, daß man einen Arbeiter mit 11 köpfiger Familie den Zuschuß zum

Besuch der Waidholungsstätte mit der Begründung verweigerte, daß er die Kosten selbst tragen könne. In einem andern Falle sollte ein tuberkulöses Kind in die Waidholungsstätte. Einer der neu eingeführten Kontrollanten des Armenamtes liess aber die Aufnahme ab, weil er eine ärztliche Bescheinigung, die sich dagegen ausgesprochen haben sollte, gefehlt habe. Hier von wollte Dr. Evert, indem er seine Kontrolleure pries, nichts wissen. Es sprach dann noch der Hirsch-Dunckerische Waidholungsstätte, jedoch nichts gegen die armenfeindliche Sparwut. Auch kein anderer blockbrüderlicher „Arbeiter“vertreter oder „Arbeiterfreund“ fand daran etwas auszusetzen. Münsterberg schweig zustimmend. Der Etat wurde sogar einstimmig in bloc angenommen. Das Dreiklassenhause ist wirklich der Tempel praktischer Menschlichkeit.

Aber noch eins: Im Komitee des Blumenrums, das so beweglich das Elend armer Kinder schilderte und die Hilfe für sie als vornehmste Pflicht aller Menschenfreunde forderte, sah nicht zuletzt Dr. Evert. An 25 000 Mark Gewinn brachte der Blumenbeil aus dem Mitleid kleiner Leute. Fast das doppelte dieses Betrages hat dann der Armen-Stadtrat seinen Schutzbefohlenen genommen! So wird dem Blindesten bewiesen, daß das blumenschöne Erbarmen nur dazu dient, um den Minderbemittelten die Kosten der Armenpflege ganz aufzulegen.

Man rühmte sich im Rathaus schon einer sozialen Tat, als man sich neigend zur Aufhebung der Einkommensteuer für die Stufe von 420—600 Mark entschließen mußte, weil sie viel weniger einbrachte, als die Einziehung kostete. Lumpige 3000 Mark verlor die Stadt nur scheinbar dadurch. Dafür sparen die „sozialen Reformatoren“ jetzt aus dem Hunger und dem Elend der Arbeiter, der Waisen und Waisen, mehr als zwanzig mal so viel! So feiert der Fressinn und seine schwarzblaue Blockbrüder mit der Tat die hundertjährige bejubelte Aufopferung des Volkes, indem er durch seine „soziale“ Armenpflege Bekker schufft und die Gefährnisse füllt! Aus den „ersparten“ 60 000 Mark werden den Glücklichen, die dazu berufen sind, die Begleichungsfestmähler der Stadt noch ausgezeichnete als bisher munden. Das Menetekel sehen die Verdienenden ja nicht!

Das Schicksal der Armen, die nicht einmal als Wähler Rede nehmen können für ihre Demütigung, beweist, wie die bürgerlichen Parteien in Wahrheit die Arbeiter achten.

Arbeiter! Das Schicksal der Armen ist eure Zukunft! Denkt daran bei der Landtagswahl, wenn die bürgerlichen Schaumschläger wieder vor Liebe und Güte für den Bruder Arbeiter überfließen.

Unregelmäßigkeiten in der städtischen Betriebs-Krankenkasse. Die Verwaltung der Betriebskrankenkasse der Stadt befindet sich in der Hauptkassche in der Hand des, wie es amtlich heißt, Schriftführers Regoßki. Er folgte vor zwei Jahren seinem Vorgänger Trampenan, der unfreiwillig aus dem Amte scheiden mußte. Besonders beliebt gemacht hat Regoßki sich gerade nicht. Doch hat man ihm Untreue bisher nicht nachweisen können. Im Dezember erlitt der Arbeiter Zimmermann im Gaswerk 1 durch Betriebsunfall eine Fußverletzung, die ihn zehn Wochen arbeitsunfähig machte. Während dieser Zeit sollte sein erwachsener Sohn das Krankengeld ab. Die Krankenkasse mußten bei der Kasse bereits am Mittwoch zur Berechnung eingereicht werden, während das Krankengeld erst am Freitag gezahlt wird. Entgegen dieser Praxis ließ Regoßki den jungen Mann bereits am Mittwoch quittieren, und verstand dabei stets den ziffermäßig eingetragenen Betrag der Aufmerksamkeit des Empfängers zu entziehen. Später stellte der Patient fest, daß R. nicht unwesentliche Beträge weniger, als er erhalten mußte, gezahlt hatte. Auf Vorstellungen gab Regoßki das zu und zahlte zweimal Beträge aus eigener Tasche nach! Doch hat R. noch immer etwa 5 Mark zu erhalten. Auf Drängen der Arbeiter wurde die eingehende Revision der Kasse veranlaßt und Regoßki seiner Tätigkeit enthoben! Es sollen noch weitere Fälle schweben, in denen Arbeiter ebenfalls benachteiligt worden.

Es fällt auf, daß R. trotz des bereits festgestellten Sachverhaltes nicht vom Dienst suspendiert ist. Obgleich ihm die Kassengeschäfte abgenommen wurden, wird er noch weiter beschäftigt. Es wäre wenigstens zu wünschen, daß diese Rücksicht auch den Arbeitern gegenüber zur Anwendung kommen möchte. Gegen sie wird die städtische Justiz aber auch bei geringeren Verfehlungen sehr viel härter gehandhabt.

Aktiengesellschaft Weichsel. Die Führer und Maschinisten der Gesellschaft, die zuletzt bekanntlich 6 Prozent Dividende verlor, beschäftigten sich damit, wenigstens einigermaßen erträgliche Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Die regelmäßige Arbeitszeit dauert, nach einer im Jahre 1910 erfolgten Übereinkunft, von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Das sind nicht weniger als 17 Stunden, die alle gleichmäßig ohne Aufschlag bezahlt werden. Ihren Kunden soll die Gesellschaft aber schon von einer früheren Zeit ab Überlundenzuschläge berechnen. Nach 10 Uhr abends oder, richtiger, nachts erhielten selbst Maschinisten pro Stunde nur 50 Pfennige und keinesfalls mehr als 3 Mari, wenn die Fahrt auch länger als 6 Stunden dauerte. In die Arbeitszeit wurden auch die Sonntage einbezogen. Dafür gab es für Maschinisten, aber erst seit dem vorigen Jahre, Monatslöhne nach bestimmten Fahrabschnitten von 105, 120 und 140 Mark. Im besten Falle, während der Hochsaison, betrug der Tagelohn also 4,70 Mk. und pro Stunde 28 Pfennige. Einige sogenannte Zulagen ändern an dem Glück nicht viel. Die Angestellten wünschen wenigstens eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und außerhalb dieser noch immer viel zu langen Periode regelmäßige Überstundenberechnung mit 60 Pf. pro Stunde. Ferner verlangen sie Fortfall der von ihnen auch noch geforderten Ration usw.

Es ist bezeichnend, daß die amtlichen Aufsichtsorgane sich zwar um die Beschaffenheit der Anlagebrücken und Schiffe kümmern, aber kein Interesse für die Arbeitsverhältnisse des Personals haben. Wer will selbst mit dem besten Boot die Sicherheit der Passagiere garantieren, wenn die Befahrung in glühenden Sommertagen und im engen Maschinenraum 17 Stunden und nicht selten noch länger arbeiten muß? Bei solchen Verhältnissen muß man nur darüber staunen, daß nicht noch viel mehr Unfälle zu verzeichnen sind. Die Entlohnung für Qualitätsarbeit, wie sie von Führern und Maschinisten gefordert wird, zeugt von ganz besonderem Liberalismus der natürlich höchst liberalen Gesellschaft.

Die Leitung der Bewegung liegt nominell in den Händen des Hirsch-Dunckerischen Bezirksleiters Vorrat. Der Herr hat es nicht für nötig gehalten, dem Arbeiterblatt auch nur eine Zeile Mitteilung zu machen.

Volksversammlung. In einer überfüllten öffentlichen Volksversammlung sprach am 14. März im Bürgergarten zu Schidich der Reichstagsabgeordnete Davidschön über „Das preussische Befreiungsjubiläum“. Der Redner schilderte an der Hand der historischen Tatsachen die Vorgänge von vor hundert Jahren. Scharf geißelte er die Verleumdung der Hurratrioten, daß die Sozialdemokratie das Andenken der damaligen Freiheitskämpfer in den Staub jage. Diese alberne Fabel sei schon deshalb hinworflich, weil wir ja dann selbst das Andenken unserer eigenen Groß- und Urgroßväter, die ebenfalls an dem Freiheitskampfe teilgenommen, verflücken würden. Für so dumm dürften uns unsere

Gegner doch nicht halten. Das Volk habe aber nichts von der damaligen Freiheitsbewegung gehabt, sondern nur die Fiktion. Wir hätten darum keinen Anlaß, die Befreiung noch zu feiern. Im übrigen deutete sich das zweifelhafte Referat mit den prinzipiellen Ausführungen, die wir wiederholt in der Volkswacht gebracht haben, so daß wir uns versagen können, näher auf das Referat einzugehen. Am Schlusse seines Vortrages empfahl der Redner, den Alkoholgenuß zu vermeiden, denn nur durch denselben sei die preussische Junkerkasse zu ihrem Reichtum und dadurch zur Knebelung des Volkes gelangt. Unsere ärgsten Feinde sind die preussischen Junker und diese dürfen wir nicht unterlassen. Zum Schlusse forderte der Vorlesende T r e d e r noch auf, daß sich alle Genossen und Genossinnen zu den künftigen Landtagswahlen einmütig in den Dienst der Partei stellen sollen um ein günstiges Resultat zu erzielen und schließlich mit einem Hoch auf die völkerebefreiende Sozialdemokratie die imposante Versammlung.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 17. März auf der Klawitterischen Werft, indem der Schiffszimmerer R. sich mit dem Beil den Fuß spaltete. Mittels Sanitätswagens wurde der Schwerverletzte nach dem städtischen Lazarett gebracht. Bemerkenswert ist, daß die Frau des Verletzten seitens der Firma keine Nachricht von dem Unfall erhielt. Erst abends 9 1/2 Uhr — der Unfall ereignete sich morgens um 7 Uhr — brachten Arbeitskollegen des R. der Frau den durchgehauenen Schuh und die Socken. Nach unserer Ansicht ist es Pflicht der Firma, den Angehörigen von dem betrieblichen Ereignis sofort Nachricht zu geben. Es will uns diese Unterlassungssünde wie eine Geschichtslosigkeit erscheinen, da wir wiederholt solche Nachmeldungen gerügt haben. Hoffentlich wird die Firma in Zukunft bei schweren Unfällen ihre Menschenpflicht erfüllen und die Familien der Verletzten in Kenntnis setzen. Auch die Arbeiterchaft hat das Recht, menschlich behandelt zu werden.

Aus Westpreußen.

Stting. Wie die Polizei amtlich bekannt gibt, hat die Strahe zwischen der jetzigen evangelischen Präparandenanstalt und dem Krankenhausgrundstück vom Neuhöfen Georgendamm bis zur Südgrenze des Krankenhausgrundstücks die Bezeichnung „Comeniusstraße“ und die Strahe an der Nordseite des Krankenhausgrundstückes den Namen „Pestalozzistraße“ erhalten.

Thorn. Wegen erheblicher Veruntreuungen hatte sich der Witzschwebel Arndt vor dem Oberkriegsgericht zu verantworten. Arndt war 1908 bis 1912 Kammerunteroffizier. Als er Juni v. J. von seinem Posten abgelöst wurde, stellte sich heraus, daß an den Beständen größere Kosten fehlten. Der Angeklagte will sich nur insoweit schuldig gemacht haben, als er die Fehlbestände nicht meldete, er selber habe nichts entwendet. Die sehr umfangreiche Beweisaufnahme ergab aber das Gegenteil. Arndt leugnete trotz des erdrückenden Beweismaterials hartnäckig. Er wurde zu einer Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Deutsch-Eslau. Wegen des Glücksspiel wendet sich der Bürgermeister von Deutsch-Eslau im Anschluß an den vor der Rosenberger Strafkammer verhandelten Spielprozess. In einer Bekanntmachung weist er die Inhaber von Gastlokale darauf hin, daß das Dulden von Glücksspielen neben der Bestrafung auch die Entziehung der Konzession zur Folge haben kann.

Suhm. Tot in seinem Bett aufgefunden wurde der 42jährige Gutsbesitzer Franz Rohmert in Rudnieweide. Er war herzleidend. Im Kreise bekleidete Herr R. viele Ehrenämter; er war Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, seit 1903 Kreisstagsabgeordneter. Seine Wirtschaft machte auf jeden, der von Weihenberg über Rudnieweide nach Rehhoj fuhr, einen schönen Eindruck.

Schlagau. Ein Luftballon, der in Leipzig mit drei Luftschiffern aufgestiegen war, landete in der Nähe des Dorfes Darfen. Die Landung vollzog sich glatt.

Graudenz. Hier soll eine Fliegerstation errichtet werden. Die Stadt gibt 3,78 Hektar Gelände des Stadtgutes Walshof zum Preise von 1 Mark pro Quadratmeter zum Bau der Flugzeugschuppen und der Kaserne an die Militärbehörde ab.

Sch. A. Zur Deckung der Kommunalbedürfnisse sollen für das Etatsjahr 1913 laut Stadtverordnetenbeschluss als Zuschläge erhoben werden 300 (im Vorjahre 295) Prozent der Einkommensteuer, 235 (230) Prozent der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 150 Prozent der Betriebssteuer.

Culm. In der nächsten Kreisstagsitzung wird über den Bau eines Kreiskrankenhauses verhandelt. Zwischen dem Institut der barmherzigen Schwestern, dem katholischen Klosterkrankenhaus, und der Kreisverwaltung ist ein Konflikt ausgebrochen, weshalb die Kreisstrassen in demselben nicht mehr untergebracht werden sollen.

Bewerkschaftsbewegung.

Der Abschluß der Bewegung im Baugewerbe? Der Bundesvorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat, wie dem Vormarsch mitgeteilt wird, in seiner Sitzung vom 18. März den von dem Unparteiischen vorgeschlagenen „Reichstarif für das Baugewerbe“ als Grundlage für die bezirklichen und örtlichen Tarifverhandlungen angenommen. Da die Zentralverbände der Arbeiter die Annahme bereits am 12. März ausgesprochen haben, können die Bezirks- und örtlichen Verhandlungen nunmehr beginnen. Sie sollen bis zum 19. April beendet sein. Bis dahin bleiben vorläufig die eigentliche Ende dieses Monats ablaufenden Tarifverträge noch in Kraft.

Nah und Fern.

Karlsruhe. Ein Militärluftschiff zerstört. Das in Baden-Dos stationierte Militärluftschiff 3. 1 ist am Mittwoch, den 19. d. Ms. vollständig zerstört worden. Das Luftschiff lag verankert auf dem Karlsruher Gezeierplatz. Ein plötzlicher Wirbelwind drückte das Luftschiff mit so großer Gewalt zu Boden, daß es in der Mitte entzwei brach. Die Hülle wurde vollständig zerstört, das Gerüst zerbrochen. Personen wurden, soweit sie jezt bekannt ist, nicht verletzt.

Schwores Unglück auf dem Kummersdorfer Schießplatz. Ein furchtbares Unglück hat sich am 20. März vormittags auf dem Artillerie-Schießplatz Kummersdorf bei Jüterbog ereignet. Auf dem Schießplatz fand vormittags ein Schießen der Versuchsbatterie der Artillerie-Prüfungskommission unter Leitung des Batteriechefs statt. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache entzündete sich das Versuchsgeschütz nach hinten und verletzte die Bedienungsmannschaften. Der Obergefreite W i e d m e y r war sofort tot, Kanonier C o n r a d verstarb nach seiner Einlieferung im Garnisonlazarett Tempelhof um 1 Uhr 30 Minuten. Außerdem sind mit leichten Verletzungen in das Lazarett eingeliefert: Unteroffizier W a c h t l i n und die Kanoniere B o h n e n und L i e b e n s. Bei diesen drei Verletzten besteht keine Lebensgefahr. Näheres wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Bereinskalender.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
Bezirk Neufahrwasser. Mittwoch, den 26. März 1913, abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Wegen Umbaues und Vergrößerung unseres Ladens

Bis zum 1. April haben wir, um zum Umbau des Lager zu verkleinern, in allen Abteilungen wie **Sprechapparaten Platten, Nadeln, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Handharmonikas, Mundharmonikas**

grosse Preisermässigungen

Sprechapparate

mit Trichter von Mk. 18.00 an Anzahlung Mk.

Sprechapparate

trichterlos Mk. 18.00 Anzahlung Mk.

Sprechapparate

ohne Nadel (Pathé) Mk. 25.00 Anzahlung Mk.

5.00

Platten

10 Stücke, doppelseitig, 25 cm groß

4.75

5.00

Platten

10 Stücke, doppelseitig, 25 cm groß

6.25

5.00

Platten

10 Stücke, doppelseitig, 30 cm groß, früher Mk. 25.00

17.50

Neueste Aufnahmen aus:

Puppchen, Filmzauber, die beiden Husaren, auf Platten à Mk. 1.25, 2.00 u. 3.00

Selten wiederkehrende Gelegenheit.

Spezialhaus für Musikwaren

Julius Bogusch, G. m. b. H.

Danzig, Melzergasse Nr. 1.

Telephon Nr. 558.

Knaben-Anzüge, Paletots, Pyjacks
Größe 1-6.
nur feinste Konfektion, neueste Fassons, für jeden annehmbaren Preis, auch zu direkten Verlustpreisen, bei
Pfingst's
Gelegenheitskäufe,
Töpfergasse 32.

Schillers Werke

3 Bände zu 4 Mark
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32.

Günstiges Angebot!
Solange der Vorrat reicht!

Berta von Suttner:
Die Waffen nieder.

Krieg dem Krieg
Geb. 1 Mark, broschiert 0.60,
Porto 20 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Friseur Schumacher,
Heiligendammerweg Nr. 10.

Sonnabend, den 29. März 1913, abends
8 Uhr, in Schidlitz bei Steppuhn

Öffentliche Wähler-Versammlung

Landtagsabgeordneter **Julian Borchardt**
wird sprechen über:

Die reaktionären Taten des preuß. Landtags
Freie Ausprache.

Alle Wähler sind hiermit freundlichst eingeladen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt
Bezirk Neufahrwasser

Mittwoch, den 27. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal,
Albrechtstr. 16

außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. „Unsere Aufgaben im Landtagswahlkampf.“ Referent: Genosse Bartel.
2. Berichtigungsangelegenheiten. Der Bezirksführer.

Wechsel-Königin Seife

ist garantiert rein, schont daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich.

J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleisten-Handlung

Teleph. 2508. Danzig, Tischergasse 47. Teleph. 2505.

Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Künstliche Zähne

mit Kautschuk-Platte
Plomben von 2.00 Mk. an. Reparaturen von 1.00 Mk. an.
Zahnziehen fast schmerzlos in normalen Fällen 1.00 Mk.
Bei Bestimmung von Gebissen jedoch kostenlos. - Garantie.

Zahn-Praxis

Georg Haselmann, Dentist

Mühlmannsgasse Nr. 31, II.

Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr. Sonntags von 9 bis 12 Uhr.

Angenehme Zahlungswaise.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr.
Außer Abonnement. Passepartout B. 2.

Der Schlafwagenkontrollleur.

Erstes Gastspiel des Herrn Direktors Richard Alexander vom Residenz-Theater in Berlin.

Mittwoch, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr. Außer Abonnement. Passepartout C. 2. **Hoffmanns Erzählungen.**

Donnerstag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr. Außer Passepartout-Abonnement. Letztes Gastspiel des Herrn Direktors Richard Alexander vom Residenz-Theater in Berlin. **Das Unterpräfekt.**

Freitag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr. Außer Abonnement. Passepartout D. 2. **Herbstmanöver.**

Ausführliche Theaterprogramme à 10 Pfg. im Theater erhältlich.

Der Feinschmecker

schätzt meine in Qualität und Aroma
hervorragende Spezialmarke No. 100

Artus 2 Pfg.

und Artus Gold

ges. gesch.

Nur echt, wenn Zigarette Namen u. Nummer trägt.

Überall erhältlich.

Rudolf Niemierski Söhne

Telephon 3117. Danzig. Telephon 3117.

1912er Legehühner

30 Pf., Emballage, Fracht franco
Jeder Bahnstation unter Garantie lebender und gesunder Ankunft, mit ärztl. Zeugnisse, gegen Voreinlösung des Betrages 13 Stück große, mal täglich Eier legende Hühner früher Brut, mit einem schönen Zuchtstamm, die Farben nach Belieben, 30 Mk. Tafel-Ruhmilch-Butter, täglich frisch, 10-Pfd.-Kolle 9 Mk. Blumenbienenhonig, naturrein, f. Brustleidende, 10-Pfd.-Dose 7 Mk., zur Probe 5 Pfd. Butter u. 5 Pfd. Honig 7,50 Mk. Gänsefedern, hühnerweiß, haub. u. stiefrei, mit ganzen Daunen, von der Gans gepulvt, per Pfd. 2 Mk. Dieselben fein geschliffen, sehr füllkräftig, per Pfd. 3 Mk. Daunen-Flanmen, 3 Pfund genügend zum Oberbett, per Pfund 8 und 5 Mk.

Offas Sternlieb,
Luftstr. 13 via Breslau.

Speiseeiswagen

mit Maschine neu z. verkaufen. Offerten unter D. 100 an die Expedition der Volkswacht.

Rohr-Stühle

werden dauerhaft eingelassen bei **Edhardt, Schidlitz, Weinbergstraße 26, Hinterhaus.**

Nach monatelanger Konfiskation
wieder freigegeben!

Die Nonne

Ein Sittenroman aus dem Klosterleben von Denis Diderot.
Wohl der berühmteste kulturhistorische Roman aller Zeiten!
Nur eine Lektüre für gereifte Leser.
Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch

Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Große und mittlere

Packkisten

sind stets billig zu haben. Eugen Sellin, Schüsselbänke Nr. 56.

Ausgekämmte Haare und alte Zöpfe karst und zählt die höchsten Preise, auch Puppenperücken und Haararbeiten werden gut und billig angefertigt.

P. Zilka, Friseur,
Engländer Damm 28.

Friseur **Rag Schelan, Sakerstraße 13.**

Kredit Möbeln

gewähre ich jedermann bei Entnahme von

und Polsterwaren.

Größte Auswahl

Komplette Musterzimmer.

Garderobe

für Herren, Damen und Kinder
Kinderwagen zu billigsten Preisen.

Abzahlung 1 Mark

pro Woche an

Freie Lieferung

Das vornehme Kredithaus in Danzig

Nic. Pindo Nachf.

M. Grau

Danzig, 4 Holzmarkt 4

Verlangen Sie meinen Prachtkatalog.
Zusendung gratis und franko.

Wahlprüfungslos

Goldperlen

wird überall so gerne gekauft,
weil jedes Fräulein ein Brautpaar
beim Aufbruch mitführt!

Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten
Schudermilch, **Algrim-Carl Genter, Göttingen.**

Sämtliche Partei- und Gewerkschafts-Literatur
empfiehlt Buchhandlung „Volkswacht“, Danzig, Paradiesgasse 32.

Diese Nummer umfasst 14 Seiten und die illustrierte Beilage Die neue Welt.

Danzig.

Das „Westpreussische Volksblatt“ brachte in seiner Nummer 56 eine gegen den hiesigen neuerdings gegründeten Konsumverein gerichtete, niederträchtige Notiz folgenden Inhalts:

Sozialdemokratischer Konsumverein. Am 1. April d. Js. eröffnen die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften einen Konsumverein für Danzig und Umgegend. Jedes Mitglied muß einen Anteil einzahlen in Höhe von 30 Mark. Um eine große Zahl von Anteilsscheinern unterzubringen, wird auch innerhalb der Reihen der christlichen Arbeiterschaft agitiert. Um den christlichen Arbeitern die Mitgliedschaft schmackhaft zu machen, werden große Versprechungen gemacht, unter anderem: „Wer jetzt einen Anteilsschein in Höhe von 30 Mark kauft, erhält im folgenden Jahre den Anteil nebst Zinsen zurück.“ Wir warnen hiermit jeden christlich denkenden Arbeiter, sich durch solche Agitation beeinflussen zu lassen, und erinnern an den Ausspruch des Herrn Paul Göhre (Zentralverband deutscher Konsumvereine Eichhomburg), daß die sozialdemokratischen Konsumvereine mit der Partei und Gewerkschaft die organisierte sozialdemokratische Dreieinigkeit bilden.“

Daraufhin fandte der Vorstand des Konsumvereins dem jüdischen Blatte für Wahrheit folgende Berichtigung:

Danzig, den 14. März 1913.

An die Redaktion des „Westpreussischen Volksblatt“ in Danzig.

Wir ersuchen Sie um die Aufnahme folgender Berichtigung: In Nr. 55 Ihres Blattes vom 8. März 1913, bringen Sie unter der Überschrift „Sozialdemokratische Konsumvereine“ eine Notiz, in der gesagt wird: Um eine große Zahl von Anteilsscheinern unterzubringen, wird auch innerhalb der Reihen der christlichen Arbeiterschaft agitiert. Um den christlichen Arbeitern die Mitgliedschaft schmackhaft zu machen, werden große Versprechungen gemacht, unter anderem: „Wer jetzt einen Anteilsschein in Höhe von 30 Mark kauft, erhält im folgenden Jahre den Anteil nebst Zinsen zurück.“ Hierzu erlauben wir uns zu bemerken, daß es unwahr ist, daß irgendwo eine derartige Behauptung aufgestellt wurde und daß es besonders darauf abgesehen ist, christliche Gewerkschaftsmitglieder für den Konsumverein zu gewinnen.

Wahr ist allerdings, daß die Arbeiter in den Konsumvereinen als Konsumenten zusammengehören und abweichende politische und religiöse Ansichten kein Trennungsmoment bilden dürfen. Wahr ist auch, daß der Anteil von 30 Mark verzinst wird, und zwar mit 4 Prozent, wenn er zu Beginn des Geschäftsjahres voll eingezahlt ist.

Als Mitglied in dem Konsumverein ist uns jeder willkommen, der die Sache fördern will.

Konsum- und Sparverein für Danzig- und Umgegend eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bis jetzt haben wir vergebens nach der Berichtigung im „Westpreussischen Volksblatt“ gesucht. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

Aus Westpreußen.

Bürgerwieser. Eine von 25 Genossen besuchte Vertrauensmännerversammlung des Reichstagswahlkreises Danzig-Land beschloß sich am Freitag den 21. d. Mts. im Lokale Maurerherberge mit den bevorstehenden Landtagswahlen und dem Ausbau der Parteioorganisation. Vertreten waren der Provinzvorstand durch den Parteisekretär, der Wahlkreisvorstand durch drei Genossen, ferner 13 Ortsvereine durch 21 Delegierte. Genosse Gehl beleuchtete eingehend die eifrige Wahlarbeit unserer Gegner. Der gewaltige Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl habe es ihnen angetan. So werden neue Mittel und Wege gesucht, um den Wählern die Schlafmütze über die Ohren zu ziehen, oder sie gegen ihre wirklichen Vertreter aufzuheben. Mit außerordentlichem Eifer habe diese Rolle besonders der Reichs-„Wahrheits“-verband übernommen, unter Führung seines Königsbergers Generalagenten Taube. Einige der Diskussionsredner schilderten auch das Walten der liberalen Partei, besonders das des Herrn Miró, durch Demagogentritte sich besonders hervorzutun, um die Arbeiterwähler einzufesseln. Voll-

ständige Einigkeit herrschte bei dem Punkte: Beteiligung an den Landtagswahlen. Genosse Curnelsen forderte die Anwesenden auf, mit aller Energie in den Wahlkampf zu treten, unsere Wähler zu schulen und aufzuklären, damit sich jeder freudig und offen als Sozialdemokrat bekennen kann. Gerade das Unrecht der Dreiklassenwahl müsse uns ein Ansporn sein, unsere ganze Kraft einzusetzen. In demselben Sinne sprachen die Genossen Willich, Schönbaum und Rehberg-Weslinden. Der Antrag auf Anstellung eines Parteisekretärs für die Kreise Danzig-Stadt und -Land fand einstimmige Annahme. Ferner wurde beschlossen, die diesjährige Wahlkreis-Konferenz zu Sonntag, den 27. April nach Danzig einzuberufen. Nach einigen Bekanntmachungen an die Bezirksleiter schloß der Vorsitzende, Genosse Brill, die Versammlung.

Heubude. Vor einiger Zeit veröffentlichten wir einen Brief, den uns Herr Kanthack zugesenden beliebe, und durch den er mitteilte, daß er sein Lokal den Arbeitern nicht mehr zu Verfügung stellen würde. Wir knüpften an diese Notiz die Mahnung an die Heubuder Arbeiterschaft, nimmere das Kanthacksche Lokal ganz zu meiden. Herr Kanthack hat sich heute immer noch nicht eines besseren besonnen. Es gilt also auch in Zukunft die Parole: „Niemand gehe zu Kanthack!“ Auch die Gastwirte Woywoth und Peters weigern sich entschieden, ihre Lokale der Heubuder Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Einige unserer Genossen haben sich die Mühe und Geldkosten nicht verdrießen lassen und sind bei Herrn Woywoth und wiederholt bei Peters (früher Gast) der Lokale wegen gewesen. Immer wieder wurde ihnen ein glattes Nein entgegengeschleudert. Selbst unser Angebot auf Zahlung einer entsprechenden Mieteentschädigung wurde von Peters glatt abgelehnt.

Die Heubuder Arbeiterschaft muß jetzt wissen, was sie zu tun hat. Keinen Pfennig den Wirten, die uns ihre Lokale verweigern, das muß die Lösung sein. Hierfür kommen zunächst die drei Lokale in Frage, die oben genannt sind: Peters, Woywoth und Kanthack.

Aber auch die Danziger Arbeiterschaft fordern wir auf, uns latträglich zu unterstützen und bei ihren Ausflügen nach Heubude diese Lokale solange zu meiden, bis sie uns zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Nur dadurch, daß jeder Arbeiter die Lokale aufs strengste meidet, wird es uns möglich sein, auch in Heubude wieder Versammlungen abhalten zu können.

Zoppot. Auch eine Widerlegung. Die Zentrumschriften des „Westpreussischen Volksblatts“ führten unlängst schon den nützlichen Beweis, daß sie hier, es handelte sich um den zentrumlichen Holzarbeiterverband, bedeutungslos sind. Diese Arbeit scheinen sie dauernd tun zu wollen, was recht dankenswert ist. Am 22. März ärgert sich das Jesuitenblatt darüber, daß wir in der Nr. 24 wiederholt die selbst im Rathaus anerkannte Tatsache betonten, daß das Wirten der „Volkswacht“ den Arbeitslosen endlich Hilfe gebracht hat. Um zu beweisen, daß diese Angabe unwahr ist, beruft sich das schwarze Blatt darauf, daß der Zentrumsagitator Beuster bereits am 7. Januar eine Versammlung der Arbeitslosen abgehalten hat. Dazu druckt man zu unserer großen Genugtuung diese beiden Schreiben ab:

Magistrat Offseebad Zoppot, 16. Januar 1913. der Stadt Zoppot.

Auf ihre Eingabe vom 7. d. Mts. erwidern wir ergebenst, daß zurzeit keine Gelegenheit zur Vornahme von Volksarbeiten vorliegt.

An die Arbeiterschaft Zoppots, z. H. des Arbeitersekretärs Herrn Emil Beuster Danzig. gez. Pastor.

Offseebad Zoppot, 20. Januar 1913. An Herrn Emil Beuster, Danzig, Samtgasse 11.

Auf das im Namen der Arbeiterschaft Zoppots an uns gerichtete Gesuch vom 7. Januar 1913 um Steuererlös erwidern wir Ihnen, daß nur in jedem einzelnen Falle auf besonderen Antrag des betreffenden Steuerpflichtigen entschieden werden kann. (unleserlich.)

Hoffentlich freut es auch die Zentrumschriften, wenn wir ihnen hiermit unseren besten Dank dafür aussprechen, daß sie uns selbst beweisen, wie erfolglos ihre großmächtige Aktion geblieben ist. Mehr haben wir ja auch nicht behauptet.

Graudenz-Rosenberg. Nun hat auch die nationalliberale Partei für den hiesigen Landtagswahlkreis ihren zweiten Kandidaten nominiert und zwar in der Person des bisherigen Kommandanten von Graudenz, Generalleutnant M a t h e. Im Graudenz „Geselligen“ ist über den Generalleutnant zu lesen: „Dieser ist ein Mann, der nicht allein in weiten Kreisen unserer Provinz bekannt und beliebt ist, der es stets verstanden hat, das gute Verhältnis zwischen Militär und Zivil zu erhalten und zu fördern, sondern er ist auch, wie er nie ein Fehl daraus gemacht hat, ein Mann von nationalliberaler Gesinnung, der, im Westen unseres Vaterlandes aufgewachsen, die Bestrebungen und das Wirken der nationalliberalen Partei kennen gelernt und sich zu eigen gemacht hat. Er war nicht nur Soldat, sondern jeder, der ihn hier im Laufe der Jahre kennen lernte, hatte den Eindruck, daß er ein Mann von außerordentlich umfangreichem Wissen, besonders aber auf sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiete, sei. Herr Mathy hat bisher politisch zwar nicht gewirkt, usw.“ Also ein Mann, dem weiter nichts mehr fehlt, als ein Mandat. Es ist schade, daß solche Männer mit solch „außerordentlich umfangreichem“ Wissen, besonders auf sozialem und volkswirtschaftlichem Gebiete“ im Verborgenen beim Militär verkümmern müssen. Sollte der Herr Generalleutnant in den Landtag eingehen, so wird wahrscheinlich unser öffentliches Leben sich einer Wandelung unterziehen, denn ein Mann mit solchen Vorzügen wird bald die Augen aller auf sich gerichtet haben. Auch wir würden begierig sein, wenn der Herr sein Wissen betätigte, um einen Tropfen davon zu erhalten. Vielleicht der kommende Mann. Er hat zwar politisch noch nicht gewirkt, aber da können wir auf etwas gefaßt sein.

Thorn. Vor dem Gouvernementsgericht hatte sich der Unteroffizier Weidert von der 2. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 11 wegen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte am 1. März die Löhnung für die kommandierten Mannschaften in Höhe von 80 Mark zur Verteilung erhalten. Nachdem er 40 Mark ausgezahlt hatte, wurde es zu spät, um noch die restlichen wohnenden Burtschen zu löhnen. Er machte am Abend eine recht ausgiebige Bierreise, von der er erst am nächsten Mittag zurückkehrte. Hier machte er die unliebbare Entdeckung, daß neben seinem eigenen Gelde auch noch 20 Mark von den Löhnungsgeldern draufgegangen waren. Der Vertreter der Anklage beantragte 4 Wochen Mittelarrest und Degradation. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß der Angeklagte in seiner Trunkenheit sich nicht mehr klar gewesen ist, ob er vom eignen oder anvertrauten Gelde seine Zechen bezahlte. Daher wurde von der Degradation Abstand genommen und der Angeklagte zu zwei Wochen Mittelarrest verurteilt.

Wir haben so viele Urteile gegen gewöhnliche Soldaten gesehen, die sich auch in sinnloser Trunkenheit Ausschweifungen zu Schulden kommen lassen. Die Gerichte aber haben im allgemeinen dies nicht als Milderungsgrund angesehen. Es wäre ja empfehlenswert, wenn sich in Zukunft die Militärgerichte den Spruch des hiesigen Gouvernementsgerichts zu eigen machten.

Thorn. Ein in Untersuchungshaft wegen des Verdachts der Spionage befindlicher Schuhmacher Josef Lesniewski, versuchte am 1. Osterfeiertage aus dem Gefängnis zu entfliehen was ihm auch gelang. Beim Ausstreten aus der Zelle verletzete er dem Gefangenenaufseher einen Stoß, daß dieser in die Zelle fiel und schlug wie Tier zu, die er auch noch verriegelte. Nun gelang es dem Ausreißer, auf den Gefängnishof zu kommen und über die vier Meter hohe Mauer zu entkommen. Die sofort vorgenommene Verfolgung hatte den Erfolg, daß es in der hohen Straße einem Polizeibeamten gelang, Lesniewski wieder festzunehmen.

Briefkasten der Expedition.

Zum Aprilumzug. Alle Abonnenten unseres Blattes, die zum April umziehen, werden gebeten, das genaue Datum des Umzuges und ihre alte und neue Adresse der zuständigen Filiale oder unserer Expedition, Paradiesgasse 32, baldigst per Post schriftlich mitzuteilen, damit unliebsame Unterbrechungen in der Zustellung unseres Blattes vermieden werden. Umzugsmeldungen an die Botenfrauen werden der Expedition oft nicht richtig oder überhaupt nicht überbracht. Es empfiehlt sich in allen Abonnementangelegenheiten, daß die Abonnenten ihre Wünsche der Expedition, Paradiesgasse Nr. 32, schriftlich mit deutlicher Namensunterschrift zugehen lassen.

Möbel gegen bar und auf Teilzahlung

Einzelne Möbelstücke

3 nur wie: Bettstellen, Matratzen, Schränke, Büfette, Tische, Stühle, Waschtische, Vertikows usw. Anzahlung. Abzahlung: wöchentlich nur 1 Mark.

Damen-Blusen, Röcke, Kostüme, Mäntel Anzahlung v. 3 M an

1 Bettstelle, 1 Spiegel, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch, 2 Stühle

Abzahlung wöchentlich nur 1 Mark

Liefere diese 8 Einrichtung für nur 8 Mark Anzahlung.

Kunden u. Beamten ohne Anzahlung. Lieferung frei. Strengste Diskret.

2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Schrank, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Küchenisch, 1 Küchenstuhl.

Mit nur 15 Mk. Anzahl.

Abzahlung wöchentlich nur 1,50 Mark.

Herren- und Knaben-Anzüge u. Paletots in größter Auswahl Anzahlung von 3 M an.

2 Bettstellen, 2 Matratzen, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kleiderschrank, 1 Verloko, 1 Teppich, 1 Waschkommode, 1 Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Küchenisch, 1 Küchenstuhl.

Abzahlung wöchentlich nur 2 Mark.

Diese Einrichtung liefere ich für nur 20-30 Mk. Anzahlung.

Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe, Portieren usw.

Auf alle **Möbel!** Spottpreise!

Bei einem Einkauf von 100 Mark an wird das Fahrgeld bis Danzig vergütet.

M. Blumenreich Nachf., Danzig, Breitgasse 16.

Größtes Unternehmen Deutschlands. — 8 eigene Geschäfte im In- und Auslande.

Zum Quartalwechsel Gelegenheitsposten Julius Goldstein

Musselin-Blusen Kintomo, halbr., schwarz-weiß gestreift, mit Krawatte 95
Leinen-Bluse halbr., gepaspert, sehr kleidsam 1.50
Musselin-Bluse dunkle Muster reiche Satin- u. Knöpfchen-Garn. 1.95
Weißer Batist-Bluse mit breiter Stickerei-Einsatz 1.95
Weißer Batist-Bluse mit Valenciensart und breiter Stickerei 2.05
Cheviot-Kostümrock mit Knopfgarn, schwarz und marine 3.95

Handtaschen 90
für Damen
verschiedene Formen

Haus-Schürze groß und weit, mit Volant und Tasche aus waschweiche gestreift. Stoffen 90
Blusen-Schürze m. Stick-Volant 95
Weißer Ten-Niederschürze m. Stick-Volant 95
Kinder-Schürzen m. Falten-Volant 50
Weißer Kinder-Schürzen m. Stick-Volant 75
Schwarz. Kinder-Schürzen reith garn. 95

Damen-Lack-Gürtel in viel Farb. mit großen weißen Knöpfen 40
Damen-Leder-Gürtel mit modernen Schließern 50
Weißer Glacé-Leder-Gürtel 80
Samt-Gummigürtel 95, 65, 38
Jabots Neuheiten 95, 65, 50
Spachtelkragen mit neue Dessins 95, 70, 45
Haarbänder große Form zu einer Haar-schleife passend 2.25, 1.95, 1.45, 1.10, 7

Große Posten Unterröcke.
gestr. Leinen-Röcke 95 \$, 1.65, 2.25
Trikot-Röcke mit Satin-Volant 3.75
Aipakka-Röcke 1.95, 2.75, 3.90

Herren-Artikel.
Serviteurs 45, 60, 90
Kragen 23, 28, 45
Stöcke extra stark 95, 1.25
Krawatten 35, 60, 90

Damen-Hemden mit Stickerei-Passe 1.10
Damen-Fantasie-Hemden mit Stickerei- u. Banddurchzug 1.25
Damen-Hemden mit breiten Stickereieinsatz 1.50
Damen-Fantasie-Hemden beste Stoffqualitäten, prima Einsätze 1.95

Taschentücher.
Linon-Tücher gew., Dyd. 70
Linon-Tücher gewaschen, mit gestickten Buchstaben 95
Batist-Tücher mit farbiger Kante 50
Damen-Tücher mit Madaira-Stickerei 70
Herren-Batist-Tücher mit bunf. Kante, m. gest. Buchst. 3 Stück 95

Damen-Beinkleider mit Stickerei-Volant 1.10, 95
Damen-Kniebeinkleider Stick-Volant 1.25
Damen-Kniebeinkleider mit Stickerei-Volant und Einsatz 1.45
Damen-Reformkniehosen mit breitem Stickerei-Volant 1.85

Trikotagen.
Normal-Hosen 1.65, 1.30, 95
Normal-Hemden 1.75, 1.40, 1.10
wollgemischte Qualitäten 2.95, 2.45, 1.95
Einsatz-Hemden mit farbigen Mänschetten 1.50
Macco-Hosen 1.60, 1.25, 95
Macco-Hemden 1.75, 1.40, 1.10
prima Qualitäten 2.75, 2.25, 1.95

Strümpfe - Socken.
Echt schw. Damen-Strümpfe Paar 30
3 Paar 85
Nahtlose Damen-Strümpfe Paar 40
3 Paar 1.10
Durchbrochene Damen-Strümpfe schwarz, leder- u. modelfarb. 50
Vigogne-Herren-Socken, ganz nahtlos 3 Paar 30
3 Paar 85
Schweiss-Socken, grau meliert 2 Paar 28
Gezwirnte Herren-Socken 3 Paar 50
3 Paar 1.40
Extra farbige Herren-Socken Paar 40

Damen-Putz-Hutformen
Rohhaar, Bast, Tagal, Tagalen 95 \$, 1.35, 1.65, 1.95, 2.25
Stroh-Gamins 95 \$, 1.35, 1.75, 2.45
Garnierte Hüte moderne kleine Form 3.75, 4.65, 5.95, 9.25
Aufarbeitungen schnell und billigst.

Fenster-Rehleder 55, 55, 35, 28
Sonnenvorhänge 23, 18, 10
Schubler 45, 35, 25
Rohhaar-Besen poliert 1.95, 1.60, 4, 95
Möbel-Klopfer 45, 25
Läuferstoffe Meter 65, 48, 35
Küpperscheuertappen 15

1250 Paar Kinderstrümpfe
hell und dunkel geringelt
für 1 bis 4 Jahre 25
für 4 bis 8 Jahre 35
für 8 bis 12 Jahre 45

Gardinen Meter 75, 58, 45, 35
Wahlstuh-Decken Blumenmuster, hell u. dunkel 95
Filtzud-Tischdecken 2.95, 1.65, 95
Tüll-Garnituren Läufer und zwei Decken 95
Bett-Vorleger 1.25, 95
Waffel-Bettdecken 2.75, 2.25, 1.75
Bordent-Bettdecken 1.25, 95

Räucher-Feuerzeug 28
3 Ersatzsteine 10 \$
Verlangen Sie Rabattmarken!

Julius Goldstein
Junkergasse 2 :: Lawendelgasse 4
Achten Sie bitte auf meine Firma.

Die neue Herren-Mode
Schon von 20 Mk. erhalten Sie einen modernen Anzug oder Paletot.
Kleidsame Formen. Grosse Auswahl.
Vorzügliche Strapazierfähigkeit der Stoffe!
W. Riese
127 Breitgasse 127.

Kartell-versammlung
am Dienstag, den 1. April 1913, abends 8 Uhr, Dominikswall 8.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht und Rechnung des Vorstandes.
2. Stellungnahme zur Waisfeier.
3. Verchiedenes.
Sämtliche Kartelldelegierte sind dringend eingeladen.
Der Kartellausschub.

Bekanntmachung!!!
Hierdurch mache ich den geschätzten Kunden und Geschäftsfreunden der
Tabakfabrik H. Schmidt
Danzig, Rähm 16
die ergebene Mitteilung, daß ich nach dem Tode meines Mannes das Geschäft in unveränderter Weise fortführe und bitte, das meinem Manne bis her zu erweisende Maße entgegengebracht. Verträge, auch alte, zu erfüllen zu lassen.
Frau Berta Schmidt Wwe

Unsere anerkannt vorzüglichen, starken
Schulstiefel und Sandalen
sowie **Halbschuhe und Stiefel**
in modernen, schönen Formen für Damen und Herren empfehlen wir zu bekannt, billigen Preisen.
E. & B. Schlachter
Heil. Geistgasse 2. Haus vom Hofplatz

Bei **Ed. Michaelsons Ww.** Neufahrwasser / Kautl / Urvaerstr. 86 / man **Schuhe und Stiefel jeder Art** am billigsten

Möbel-Spiegel Polsterwaren empfehlen in nur sauberer und gediegener Ausführung auf **Kredit**
Billigste Preise · Streng reelle Bedienung
Unerreicht dastehende Kulanz
Bei ganzen Aussteuern Extrapreise
Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bargeld
A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig,
Lawendelgasse 23, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle.